Anpassung des Gebührentarifs an die Schweizerische Zivilprozessordnung

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 1. Juni 2010, RRB Nr. 2010/974

Zuständiges Departement

Bau- und Justizdepartement

Vorberatende Kommissionen

Justizkommission

Finanzkommission

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	3
1. Ausgangslage	5
1.1 Begründung für die separate Vorlage	5
1.2 Vorgehen.....	5
1.3 Vernehmlassungsverfahren	6
2. Verhältnis zur Planung	6
3. Auswirkungen	6
4. Erläuterungen zu einzelnen Bestimmungen der Vorlage	8
5. Rechtliches	15
6. Antrag	15
7. Beschlussesentwurf	16

Kurzfassung

Am 10. März 2010 hat der Kantonsrat die Einföhrungsgesetzgebung zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO) beschlossen. Die notwendigen Anpassungen des Geböhrentarifs an diese Prozessordnung waren nicht Gegenstand der beschlossenen Vorlage. Der Teil Geböhrentarif war von dieser Vorlage abgekoppelt worden, weil die im Vernehmlassungsentwurf vorgeschlagene Revision der Bestimmungen im Geböhrentarif über die Parteientschädigung auf Kritik gestossen war und weitere Abklärungen erforderlich waren.

Mittlerweile sind diese weiteren Abklärungen erfolgt. Nach einer internen Meinungsbildung hat sich der Solothurnische Anwaltsverband grundsätzlich für das Modell einer Entschädigung nach Aufwand (im Stundenansatz, nach Aufwand) ausgesprochen, so wie es im Wesentlichen bereits im Vernehmlassungsentwurf enthalten war. Dieses Modell ist einfach und praktikabel. Der Regierungsrat kommt zum Schluss, dass eine Parteientschädigung auf der Grundlage eines Stundenansatzes im Geböhrentarif vorgesehen werden soll.

Die Höhe des Stundenansatzes soll sich bei privat bestellten Anwälten zwischen 230 Franken und 330 Franken zuzüglich Mehrwertsteuer bewegen, wobei das Gericht die Höhe im Einzelfall in analoger Anwendung von § 3 Geböhrentarif festlegen wird. Der Rahmen für die Parteientschädigung soll wie bisher für das Zivil- und das Strafverfahren gleich sein. Für die Entschädigung der unentgeltlichen Rechtsbeistände und amtlichen Verteidiger sowie bei der Ausfallhaftung des Staates soll weiterhin wie bisher der Stundenansatz von 180 Franken zuzüglich Mehrwertsteuer anwendbar sein. Zudem soll eine Indexierung die periodische Anpassung der Sätze an die Teuerung sicherstellen.

Auf dieser Grundlage ist mit Mehrkosten von rund 30'000 Franken pro Jahr im Strafbereich zu rechnen. Werden die vorgenannten Stundenansätze für die Bestimmung der Entschädigung der amtlichen Verteidiger und der unentgeltlichen Rechtsbeistände an die Teuerung angepasst – was aufgrund der bundesgerichtlichen Vorgaben dereinst unumgänglich sein wird – , werden zusätzliche Ausgaben in der Grössenordnung von rund 150'000 Franken bis 180'000 Franken anfallen.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf über die Anpassung des Gebührentarifs an die Schweizerische Zivilprozessordnung.

1. Ausgangslage

1.1 Begründung für die separate Vorlage

Mit RRB Nr. 2009/2466 vom 22. Dezember 2009 hat der Regierungsrat Botschaft und Entwurf über die Einführungsgesetzgebung zur Schweizerischen Zivilprozessordnung¹⁾ vorgelegt. Darin hat er bereits damals darauf hingewiesen, dass die Revision des Gebührentarifs mit separater Vorlage dem Kantonsrat unterbreitet werde. Die Abkoppelung des Teils Gebührentarif von der Einführungsgesetzgebung zur Schweizerischen Zivilprozessordnung war notwendig geworden, weil die im Vernehmlassungsentwurf vorgeschlagene Revision der Bestimmungen im Gebührentarif über die Parteientschädigung beim Solothurnischen Anwaltsverband auf Kritik gestossen war und weil deshalb weitere Abklärungen unter Einbezug dieses Verbandes erforderlich waren.

Am 10. März 2010 hat der Kantonsrat (mit KRB Nr. RG 228b-c/2009) die Einführungsgesetzgebung zur Schweizerischen Zivilprozessordnung beschlossen. Gleichentags hat er (mit KRB Nr. RG 182b-d/2009) auch die Einführungsgesetzgebung zur Schweizerischen Strafprozessordnung²⁾ und zur Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung³⁾ beschlossen, wobei – auf Antrag der Justizkommission und mit Zustimmung des Regierungsrates – im Beschlussesentwurf 4 die neu vorgeschlagenen §§ 177 und 178 (Verteidiger- und Parteientschädigungen im Strafverfahren) gestrichen wurden, weil diese einen engen sachlichen Bezug zum abgekoppelten Teil Gebührentarif (s. oben) aufweisen.

1.2 Vorgehen

Zur Vorbereitung der vorliegenden Vorlage hat der Regierungsrat mit RRB Nr. 2010/599 vom 30. März 2010 eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Diese Arbeitsgruppe setzte sich wie folgt zusammen: Franz Fürst, Chef Rechtsdienst Justiz, Bau- und Justizdepartement (Vorsitz); Altermatt Stefan, Amtsgerichtspräsident, Richteramt Bucheggberg-Wasseramt; Häner Martin, jur. Sekretär Rechtsdienst Justiz, Bau- und Justizdepartement (Protokoll); Marti Hans-Peter, Obergerichtspräsident, Obergericht; Salvetti Ida, Präsidentin, Solothurnischer Anwaltsverband, Solothurn; Staub Roman, Gerichtswalter, Gerichtsverwaltung; Wyssmann Rémy, Vorstandsmitglied Solothurnischer Anwaltsverband, Oensingen.

Mittlerweile hat sich diese Arbeitsgruppe nochmals mit den Anpassungen des Gebührentarifs, welche im Zuge der neuen Schweizerischen Prozessordnungen, vorab der Schweizerischen Zivilprozessordnung, erforderlich werden, eingehend auseinandergesetzt. Dies, nachdem der Solothurnische Anwaltsverband nach interner Meinungsbildung das Modell einer Entschädigung nach Aufwand (im Stunden-

¹⁾ Schweizerische Zivilprozessordnung vom 19. Dezember 2008 (Zivilprozessordnung, **ZPO**).

²⁾ Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 (Strafprozessordnung, **StPO**).

³⁾ Schweizerische Jugendstrafprozessordnung vom 20. März 2009 (Jugendstrafprozessordnung, **JStPO**).

ansatz, nach Aufwand) bevorzugt hatte, und nicht das Modell einer Entschädigung im Streitwertmodell. Auch die Arbeitsgruppe kommt zum Schluss, dass eine Parteientschädigung auf der Grundlage eines Stundenansatzes im Gebührentarif vorgesehen werden soll. Die Höhe des Stundenansatzes soll sich bei privat bestellten Anwälten zwischen 230 Franken und 330 Franken zuzüglich Mehrwertsteuer bewegen. Dabei soll er im Einzelfall innerhalb dieses Rahmens sinngemäss nach den allgemeinen Grundsätzen, welche § 3 Gebührentarif bereits für die Gebühren vorsieht, festgelegt werden. Der Rahmen für die Parteientschädigung soll für das Zivil-, das Straf- und das Verwaltungsgerichtsverfahren grundsätzlich gleich sein. Für die Entschädigung der unentgeltlichen Rechtsbeistände und amtlichen Verteidiger – wie auch in den Fällen der Ausfallhaftung durch den Staat nach § 11 des Einführungsgesetzes zur Schweizerischen Zivilprozessordnung¹⁾ – soll weiterhin wie bisher der Stundenansatz von 180 Franken zuzüglich Mehrwertsteuer anwendbar sein. Zudem soll eine Indexierung die periodische Anpassung der Sätze an die Teuerung sicherstellen. Dementsprechend unterbreiten wir Ihnen diese Vorlage.

1.3 Vernehmlassungsverfahren

Diese Vorlage lehnt sich inhaltlich grösstenteils an die einschlägigen Entwürfe (RRB Nr. 2009/1207 vom 30. Juni 2009 und RRB Nr. 2008/1079 vom 17. Juni 2008) an, welche in der Vernehmlassung bezüglich den hier zur Diskussion stehenden Fragen (namentlich bezüglich der Bestimmungen über die Parteientschädigung im Zivilverfahren, Verteidiger- und Parteientschädigungen im Strafverfahren etc.) auf breite Zustimmung gestossen und lediglich von einzelnen Vernehmlassern (hauptsächlich vom Solothurnischen Anwaltsverband) kritisiert worden sind (RRB Nr. 2009/2013 vom 10. November 2009 und RRB Nr. 2008/1778 vom 29. September 2008). Aus diesem Grund und weil der Solothurnische Anwaltsverband seine Anliegen direkt in die Arbeitsgruppe einbringen konnte, wurde auf die Durchführung eines Vernehmlassungsverfahrens verzichtet.

2. Verhältnis zur Planung

Das Vorhaben ist im Legislaturplan 2009–2013 nicht enthalten, ebenso nicht im IAFP 2008–2011. Die Einführungsgesetzgebung zu den neuen Schweizerischen Prozessordnungen, und damit auch die erforderliche Anpassung des Gebührentarifs, hat zwingend zu erfolgen.

3. Auswirkungen

Allgemein kann zu den Auswirkungen der Vorlage auf die Ausführungen in den beiden Vorlagen zu den Einführungsgesetzgebungen der Schweizerischen Prozessordnungen verwiesen werden²⁾. Für diese Vorlage von Bedeutung sind die für den Kanton zu erwartenden Mehrkosten durch die Anpassung der Stundenansätze für die Parteientschädigungen gegenüber der bisher geübten Rechtspraxis. Auf der Grundlage einer durchschnittlichen Erhöhung der Stundenansätze bei Parteientschädigungen von 10 Franken ist gemäss den Angaben der Gerichtsverwaltung mit jährlich wiederkehrenden Mehrkosten von rund 30'000 Franken zu rechnen. Diese Mehrkosten setzen sich wie folgt zusammen: Im Strafbereich bei den Entschädigungen der Gerichte an Freigesprochene mit rund 20'000 Franken. Hinzu

¹⁾ Einführungsgesetz zur Schweizerischen Zivilprozessordnung vom 10. März 2010 (EG ZPO) (KRB Nr. RG228/2009).

²⁾ Botschaft und Entwurf "Einführungsgesetzgebung zur Schweizerischen Zivilprozessordnung", RRB Nr. 2009/2466 vom 22. Dezember 2009, Ziff. 3; Botschaft und Entwurf "Einführungsgesetzgebung zur Schweizerischen Strafprozessordnung und zur Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung", RRB Nr. 2009/1958 vom 2. November 2009, Ziff. 3.

kommen rund 10'000 Franken Mehrkosten für Entschädigungen bei der Staatsanwaltschaft bei Verfahrenseinstellungen. Im Bereich des Zivilprozesses entstehen dem Staat durch die höheren Parteientschädigungen keine Mehrkosten, da für deren Bezahlung jeweils die unterliegende Partei kostenpflichtig ist und bei der Ausfallhaftung des Staates stets wie bis anhin der Stundenansatz für unentgeltliche Verbeiständung von 180 Franken (zzgl. Mehrwertsteuer) zur Anwendung gelangt. Dasselbe gilt grundsätzlich auch für den Bereich des Verwaltungsgerichtsprozesses. Werden die Stundenansätze für die Bestimmung der Entschädigung der amtlichen Verteidiger und der unentgeltlichen Rechtsbeistände an die Teuerung angepasst (§§ 177 und 179, je Absatz 4) – was unumgänglich sein wird (s. Erläuterungen zu §§ 177 und 179, insb. zu Abs. 3) –, ist mit Kosten in der Grössenordnung von rund 150'000 bis 180'000 Franken zu rechnen.

4. Erläuterungen zu einzelnen Bestimmungen der Vorlage

Vorbemerkung

Nachfolgend beziehen sich die erwähnten Paragraphen, Absätze und dergleichen immer auf den Gebühren tariff, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes angegeben ist.

§ 3

Mit dem neu eingefügten Absatz 2^{bis} werden dem Obergericht für den Bereich der Rechtsprechung die gleichen Befugnisse eingeräumt, die dem Regierungsrat nach Absatz 2 für den Bereich der Verwaltung zustehen. Demnach kann das Obergericht insbesondere anordnen, dass für bestimmte Geschäfte in der Rechtsprechung die Gebühr nur nach dem Zeit- und Arbeitsaufwand bemessen oder dass eine nach dem Zeit- und Arbeitsaufwand bemessene Grundgebühr erhoben und den anderen Bemessungskriterien (Bedeutung des Geschäftes, Interesse an der Verrichtung, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Gebührenpflichtigen) durch Zuschläge oder Abzüge Rechnung getragen wird.

§ 5

Absatz 2: In Satz 3 ist der Verweis an die neuen Schweizerischen Prozessordnungen anzupassen.

§ 9

Absatz 1^{bis}: Die neuen Schweizerischen Prozessordnungen legen den Verzugszinssatz für Gerichtsgebühren aus Straf- und Zivilverfahren auf 5 % fest (Art 442 Abs. 2 StPO, Art.112 Abs. 3 ZPO). In Zeiten, in denen der kantonale Verzugszinssatz (§ 9 Abs. 1) unter 5 % liegt, kann der bundesrechtliche Satz von 5 % angewendet werden. Zwar gilt der Grundsatz, wonach Bundesrecht kantonalem Recht vorgeht; indessen ist eine Abweichung zugunsten des Bürgers zulässig, weshalb der tiefere kantonale Satz angewendet werden kann. Anders ist dies, wenn der kantonale Satz über dem bundesrechtlichen liegt. In diesem Fall geht Bundesrecht vor und der Bürger hat ein Anrecht darauf, dass der niedrigere bundesrechtliche Satz angewendet wird. Der Entscheid über den anwendbaren Satz soll bei der Gerichtsverwaltungskommission (als der gerichtlichen Aufsichtsbehörde) liegen, zumal diese die gerichtlichen Finanzen gegenüber dem Kantonsrat zu vertreten hat. Die Gerichtsverwaltungskommission soll den bundesrechtlichen Verzugszinssatz für alle Gebühren- und Auslagenforderungen der Gerichte (also insbesondere auch für diejenigen aus den verwaltungs- und versicherungsgerichtlichen Verfahren) und Strafverfolgungsbehörden als anwendbar erklären können.

§ 13

Absatz 1^{bis}: Stundung und andere Zahlungserleichterungen für Gerichtskosten und Verfahrenskosten der Strafverfolgungsbehörden (Staatsanwaltschaft, Jugendanwaltschaft, Kantonspolizei) sollen auch weiterhin in die Hände der Zentralen Gerichtskasse gelegt werden, welche auch sonst das Inkasso besorgt. Bei der Kantonspolizei sind nur diejenigen Verfahrenskosten betroffen, die im Strafverfahren anfallen. Mit dieser Anpassung (Einfügung von *Absatz 1^{bis}*) wird die gesetzliche Grundlage für das bereits bis anhin praktizierte Vorgehen geschaffen.

§ 14

Auf Anregung des Obergerichts im Vernehmlassungsverfahren soll die Zuständigkeit für den Erlass von Gerichtsgebühren für alle Gerichte einheitlich geregelt werden. Dies soll neben der Zivil- auch für die Straf- und Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie für die Verfahrenskosten der Strafverfolgungsbehörden gelten. Dafür ist Absatz 2^{bis} (Fassung gemäss Vorlage Einführungsgesetzgebung StPO) anzupassen, ebenso Absatz 2. Der Absatz 2^{bis} geht (als *lex specialis*) den Absätzen 1 und 2 von § 14 vor. In den Fällen von Absatz 2^{bis} ist keine Zustimmung der Finanzkontrolle erforderlich.

§ 112

Der bisherige Absatz 2 ist aufzuheben, da das mietrechtliche Ausweisungsverfahren in den allgemeinen Vollstreckungsvorschriften aufgeht und nicht mehr separat zu regeln ist.

§ 158

Mit der ZPO haben die Parteien neu vor der Einreichung einer Klage ein Schlichtungsverfahren durchzuführen, falls nicht einer der Ausnahmetatbestände von Artikel 198 f. ZPO vorliegt. Neu zu regeln sind die Pauschalen für dieses Verfahren (Art. 95 Abs. 2 Bst. a und Art. 96 ZPO). Diese Pauschalen sind anwendbar für alle Verfahren vor den Schlichtungsbehörden gemäss ZPO, mit Ausnahme der Verfahren vor dem Friedensrichter, für welchen die zu beziehenden Gebühren gesondert geregelt sind (§ 170). § 158 ist somit insbesondere anwendbar auf die Schlichtungsverfahren vor den Amtsgerichtspräsidien und den Schlichtungsbehörden für Miet- und Pachtverhältnisse. Für die Bemessung der Gebühr im Einzelfall ist § 3 massgebend (s. dazu Erläuterungen zu § 159).

§ 159

Diese Bestimmung setzt, im Gegensatz zu den bisherigen Bestimmungen, einen gestaffelten Gebührenrahmen für alle Verfahrensarten (ordentliches Verfahren, vereinfachtes Verfahren, summarisches Verfahren etc.) und für alle Zuständigkeiten (präsidiale, amtsgerichtliche und Rechtsmittelverfahren) fest, und zwar ohne Tarifpositionen für einzelne prozessuale Handlungen aufzuzählen. Jedes Gericht hat demnach eine (Entscheid-) Gebühr festzulegen, die sich grundsätzlich im vorgesehenen Gebührenrahmen bewegen muss. Die vorgesehenen Gebührenrahmen entsprechen im Wesentlichen denjenigen, welche heute für das ordentliche Verfahren und das Untersuchungsverfahren gelten (§ 162 Abs. 3 und 6).

Die neue Regelung überlässt die Festlegung einer Gebühr in sehr weitem Mass dem richterlichen Ermessen. Ihr Vorteil ist die Flexibilität. Separate Gebührenregeln für die diversen Verfahren empfehlen sich aufgrund der Erfahrungen der Praxis nicht mehr. In der Praxis kommt es zum Beispiel häufig vor, dass summarische Verfahren einen grösseren Aufwand verursachen als ordentliche. Daher wäre es falsch, für erstere einen geringeren Gebührenrahmen festzulegen als für letztere.

Für die Bemessung der Gebühr im Einzelfall ist § 3 massgebend. Gemäss dieser Bestimmung ist die Gebühr innerhalb eines Gebührenrahmens nach dem Zeit- und Arbeitsaufwand, nach der Bedeutung des Geschäftes (Streitwert), nach dem Interesse an der Verrichtung sowie nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Gebührenpflichtigen zu bemessen (Abs. 1), wobei in bestimmten Fällen (besonders umfangreiche und zeitraubende Fälle, Geschäfte mit sehr hohem Streitwert) die Gebühr bis zum Anderthalbfachen des Maximalansatzes erhöht werden kann (Abs. 3) und Anordnungen nach Absatz 2 vorbehalten bleiben.

Die Absätze 2 bis 4 entsprechen im Wesentlichen dem geltenden Recht (§ 162 Abs. 4 bis 6). Absatz 4 gibt dem Richter die Möglichkeit, die Gebühr im Falle eines Vergleichsabschlusses oder bei anderweitigem vorzeitigem Prozessabschluss zu reduzieren, und zwar bis auf das Mass, das dem Aufwand des Gerichts, der bis zur Verfahrenserledigung aufgelaufen ist, entspricht. Dabei darf in der Regel der Minimalansatz gemäss Absatz 1 nicht unterschritten werden. Das Gleiche soll gelten, wenn eine Urteilsbegründung nicht erforderlich ist (Art. 239 ZPO). In diesem Fall hat das Gericht im eröffneten Dispositiv bereits die für die allfällige spätere Begründung anfallenden Gebühren festzusetzen.

§§ 160 – 163

Diese Bestimmungen sind unnötig und können aufgehoben werden. Für die Massenverfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit wie richterliche Verbote, Ungültigerklärung von Wertpapieren und Ähnliches wird darauf verzichtet, spezielle pauschalisierte Gebührenansätze im Gebührentarif vorzusehen. Für solche Geschäfte können die Gerichte selber, unter Anwendung des neu vorgeschlagenen § 159 Absatz 3, eine Praxis entwickeln. Möglich ist auch der Erlass einer Weisung des Obergerichts (§ 16).

§ 177

Absatz 1: Der vorgeschlagene Wortlaut von Absatz 1 entspricht der Praxis, die die solothurnischen Gerichte seit längerer Zeit pflegen. Die amtlichen Verteidiger und die privat bestellten Anwälte werden nicht nach der Art der Verfahren, innerhalb eines festgelegten Gebührenrahmens, sondern nach ihrem Zeitaufwand entschädigt, und zwar für den Aufwand, den der Richter als für eine sorgfältige und pflichtgemässe Vertretung erforderlich ansieht. Neu wird die eigentlich selbstverständliche Regel festgeschrieben, wonach den Parteien (welche anwaltlich vertreten sind) vor dem Entscheid über die Zusprechung der Entschädigung für die Verbeiständung die Gelegenheit einzuräumen ist, eine Honorarnote einzureichen. – Absatz 2: Artikel 429 Absatz 1 Buchstabe a StPO bestimmt, eine freigesprochene Person sei für ihre Aufwendungen für die angemessene Ausübung ihrer Verfahrensrechte zu entschädigen. Unter diese Bestimmung fallen auch die Kosten eines privat beigezogenen Verteidigers. Wie dessen entschädigungspflichtiges Honorar zu bemessen ist, soll wie bisher auch im Gebührentarif festgelegt werden. Auch das Honorar des privaten Verteidigers ist nach dessen Zeitaufwand festzulegen: Dabei rechtfertigt sich, im Gebührentarif statt eines fixen Stundenansatzes einen entsprechenden Rahmen – wie ihn auch andere Kantone¹⁾ kennen – vorzusehen. Damit kann das Gericht jeweils eine dem Einzelfall angemessene Parteientschädigung zusprechen. Nach heutiger Gerichtspraxis im Kanton Solothurn wird ein minimaler Stundenansatz von 220 Franken angewandt, wobei bereits bisher aus den genannten Gründen von diesem Satz je nach Fall nach oben abgewichen wurde. Es wird vorgeschlagen, einen Rahmen von 230 Franken bis 330 Franken vorzusehen. Mit dem Mindestansatz von 230 Franken wird der nach heutiger Praxis geltende Satz von minimal 220 Franken leicht angehoben. Dies erscheint angesichts der gemäss der Gerichtspraxis der umliegenden Kantone angewandten Mindestansätze²⁾ als angebracht. Der Vorbehalt "soweit sie Anwälte sind"

¹⁾ z.B. Aargau (§ 9 Abs. 1 Anwaltstarif, SAR 291.150: 185 bis 250 Franken/Std.); Basel-Landschaft (§ 3 Abs. 1 Tarifordnung für Anwältinnen und Anwälte, SGS 178.112: 180 bis 350 Franken/Std.), Basel-Stadt (§§ 12 und 13 Abs. 1 Honorarordnung für die Anwältinnen und Anwälte des Kantons Basel-Stadt, SG 291.400: 180 bis 400 Franken/Std.), Graubünden (Art. 3 Honorarverordnung, BR 310.250: 210 bis 270 Franken/Std.) und Zug (§ 15 Abs. 2 Verordnung des Obergerichtes über den Anwaltstarif, BGS 163.4: 180 bis 300 Franken/Std.).

²⁾ gem. Umfrage (Mai 2010) werden in den umliegenden Kantonen in der Praxis folgende minimale/übliche Stundenansätze im Strafverfahren angewendet: Aargau 220/220 Franken/Std.; Basel-Landschaft 250/250 Franken/Std.; Basel-Stadt 200/220 Franken/Std.; Bern 200/230 Franken/Std.; die im Zivilprozess angewandten Ansätze sind schlecht vergleichbar, weil viele Kanto-

trägt dem Umstand Rechnung, dass in Übertretungsstrafsachen auch Personen gelegentlich als Verteidiger auftreten können, die nicht als Anwälte registriert sind (Art. 127 Abs. 5 StPO i.V.m. § 2 Abs. 2 AnwG). Der Aufwand dieser Personen wird nicht nach dem für Anwälte geltenden Tarif zu entschädigen sein, sondern nach richterlichem Ermessen – in der Regel nach ihrem Erwerbsausfall. § 3 regelt die Bestimmung einer Gebühr innerhalb eines bestehenden Gebührenrahmens. Die dort genannten Kriterien für die Bemessung sollen analog auch für den Stundenansatz bei der Parteient-schädigung gelten (§ 3 Abs. 1). Dasselbe gilt für die Möglichkeit, den anzuwendenden Stundenansatz in besonderen Fällen bis zum Anderthalbfachen des Maximalansatzes zu erhöhen (§ 3 Abs. 3).

Absatz 3: Artikel 135 Absatz 1 StPO bestimmt, die Entschädigung des amtlichen Verteidigers werde nach dem Anwaltstarif des Kantons entschädigt, in welchem ein Strafverfahren geführt werde. Bis anhin enthielt der Gebührentarif keinen Stundenansatz. Dieser wurde jeweils durch Weisung des Obergerichts, später der Gerichtsverwaltungscommission, festgelegt. Mit der Einführung der StPO wird es nun notwendig, den anwendbaren Satz gesetzlich festzulegen, da Artikel 135 Absatz 1 StPO einen kantonalen Tarif voraussetzt. Der Stundenansatz muss mindestens 180 Franken betragen. Das Bundesgericht erwog nämlich Mitte 2006, ein Stundenansatz von 180 Franken garantiere dem Anwalt einen bescheidenen Verdienst, jedenfalls bei Kostenfaktoren, die im schweizerischen Mittel liegen (BGE 132 I 201). Es sei dem Anwalt nicht zuzumuten, amtliche Mandate zu den Selbstkosten oder gar darunter zu bearbeiten. Die solothurnischen Mieten, Löhne und andere Kostenfaktoren liegen ziemlich genau im schweizerischen Mittel. Dementsprechend legte die Gerichtsverwaltungscommission den Stundenansatz zuletzt auf 180 Franken (zuzüglich Mehrwertsteuer) fest, mit Wirkung ab dem 1. Oktober 2006. Dieser Ansatz ermöglicht dem Anwalt den vom Bundesgericht verlangten "bescheidenen Verdienst". Nach Berechnungen der Gerichtsverwaltung erzielt ein Anwalt, der ausschliesslich amtliche Mandate bearbeitet, einen Verdienst von rund 115'000 Franken pro Jahr, vor Abzug von AHV und Pensionskasse. Dies entspricht der Besoldung eines jüngeren Gerichtsschreibers. Der Stundenansatz von 180 Franken für amtliche Verteidiger gilt auch für unentgeltliche Rechtsbeistände sowie für die Ausfallhaftung des Staates nach § 11 EG ZPO (s. Erläuterungen zu § 179 Abs. 3) – Absatz 4: Der Satz von 180 Franken (ohne Mehrwertsteuer) für amtliche Verteidiger und unentgeltliche Rechtsbeistände wurde von der Gerichtsverwaltung letztmals per 1. Oktober 2006 festgelegt. Dieser Zeitpunkt ist im Gebührentarif festzuhalten, da er Ausgangspunkt für spätere Anpassungen an die Teuerung ist. Er soll auch massgebend sein für die Anpassung des Stundenansatzes, der für privat bestellte Rechtsvertreter zu vergüten ist. Die Gerichtsverwaltungscommission soll nach dem vorgeschlagenen Wortlaut periodisch überprüfen, ob die Stundenansätze der amtlich und privat bestellten Vertreter der Teuerung anzupassen sind und gegebenenfalls die neuen teuerungskorrigierten Sätze durch Weisung festlegen.– Absatz 5: Es kann auf die Erläuterungen zu § 179 Absatz 5 verwiesen werden.

§§ 179 – 188

Die im Vernehmlassungsentwurf enthaltene umfassende Neuregelung der Parteientschädigung im Zivilprozess ist auf Ablehnung beim Solothurnischen Anwaltsverband gestossen, welcher sich in seiner Vernehmlassung für einen nach Streitwert abgestuften Tarif nach dem Vorbild des Kantons Bern aussprach. Grundsätzlich stehen für die Regelung zwei Varianten zur Auswahl: Entweder ein Tarif nach Streitwert oder nach Stundenansatz. Wie oben (in Ziff. 1.2, Abs. 2) ausgeführt, ist diese Vernehmlassung des Solothurnischen Anwaltsverbandes überholt. Auf dieser Grundlage ist die Arbeitsgruppe zum Schluss gekommen, einen Tarif nach Stundenansatz vorzuschlagen, zumal dieser auch einfacher anzuwenden ist. Dementsprechend soll nun die im Vernehmlassungsentwurf enthaltene Lösung, jedoch mit einer Bandbreite beim Stundenansatz von 230 Franken bis 330 Franken, mit dieser Vorlage eingeführt werden. Der Rahmen für den Stundenansatz soll im Zivil-, Straf- und Verwaltungsgerichtsverfahren grundsätzlich der Gleiche sein, da sachliche Gründe für ungleiche Ansätze nicht ersichtlich sind.

Der bisher zehn Paragraphen umfassende Abschnitt D enthält entsprechend der mit dem Systemwechsel verbundenen Vereinfachung nur noch einen Paragraphen (§§ 179). Dem § 181 wird ein neuer (Abschnitts-) Titel D^{bis} (Parteientschädigungen und Entschädigungen der unentgeltlichen

Rechtsbeistände in Verwaltungsgerichtsverfahren) vorangefügt. Die übrigen Paragraphen des bisherigen Abschnitts D (§§ 182 bis 188) sind aufzuheben.

§ 179

Absatz 1: Die neue Regelung legt die nähere Bestimmung des Parteikostenersatzes weitgehend in das Ermessen des Richters. Der Vorteil der neuen Regelung ist deren Flexibilität. Eine Bestimmung des Kostenersatzes nach Verfahrensart und einzelnen prozessualen Verrichtungen birgt den Nachteil in sich, dass solche Regeln im Einzelfall oft zu wenig flexibel sind und Korrektivregeln erfordern, die wiederum das richterliche Ermessen anrufen. Von daher ist es sachgerecht, von vornherein dem Richter ein grosses Ermessen einzuräumen. Geschuldet ist nur Ersatz des Aufwands, den der Richter als für eine sorgfältige und pflichtgemässe Vertretung erforderlich ansieht. Der Richter wird die Angemessenheit des Aufwands in der Regel anhand der Kostennoten prüfen, die die Parteien einreichen "können" (Art. 105 Abs. 2 ZPO). Wird keine Kostennote eingereicht, hat der Richter den gebotenen Aufwand aufgrund seiner Erfahrung zu schätzen. Mit der – nun in Absatz 1 auch ausdrücklich verankerten – Pflicht des Gerichts, vor seiner Entscheid die Gelegenheit zur Einreichung einer Honorarnote einzuräumen, ist das rechtliche Gehör hinsichtlich der beantragten Parteientschädigung in der Regel hinreichend gewahrt. Nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung verleiht das rechtliche Gehör dem unentgeltlichen Rechtsbeistand keinen Anspruch, von der entscheidenden Behörde zur ins Auge gefassten Kürzung des Honorars angehört zu werden (s. Urteil des Bundesgerichts vom 25. September 2006, 1P.161/2006, Erw. 2). Deshalb erscheint es entbehrlich, das Gericht zu verpflichten, in solchen Fällen stets der Partei auch noch die Gelegenheit einzuräumen, vor der beabsichtigten Kürzung dazu Stellung zu nehmen, wie dies seinerzeit ein Vernehmlasser beantragt hat. – Absatz 2: Es kann zum neu vorgesehenen Stundenansatz von 230 Franken bis 330 Franken (zuzüglich Mehrwertsteuer) grundsätzlich auf die Ausführungen zu § 177 Absatz 2 verwiesen werden. Dasselbe gilt hinsichtlich der Verweisung auf § 3, der für die Festlegung des angemessenen Stundenansatzes analog anwendbar sein soll. Die ZPO regelt in Artikel 68 Absatz 2, wer neben den patentierten Anwälten Parteien in einzelnen Verfahren berufsmässig vertreten darf. Die dort genannten Kategorien von berufsmässigen Vertretern (Inkassobüros, Gewerkschaftsvertreter) haben Anspruch auf eine deutlich tiefere Entschädigung als die Anwälte, da der Stundenansatz von 230 Franken bis 330 Franken auf die Anwälte zugeschnitten ist. Die nicht berufsmässigen Parteivertreter erhalten gemäss Artikel 95 Absatz 3 Buchstabe c ZPO "in begründeten Fällen eine angemessene Umtriebsentschädigung". Für diese Umtriebsentschädigung ist kein kantonaler Tarif festzulegen, da die ZPO deren Bemessung ganz ins richterliche Ermessen stellt. – Absatz 3 regelt die Bemessung der Entschädigungen der amtlich eingesetzten unentgeltlichen Rechtsbeistände. Auch deren Bemühungen sollen entsprechend dem gebotenen Zeitaufwand entschädigt werden. Der anwendbare Stundenansatz beläuft sich dafür auf 180 Franken (zuzüglich Mehrwertsteuer). Derselbe Stundenansatz soll auch für die Entschädigung der Anwältin oder des Anwalts der obsiegenden, unentgeltlich verbeiständeten Partei im Falle der Ausfallhaftung des Staates (§ 11 EG ZPO) gelten. Dieser Satz entspricht dem im Jahr 2006 bundesgerichtlich festgelegten Minimalsatz für Kantone mit durchschnittlichem Geschäftskostenniveau. Eine Abweichung von diesem Satz ist, anders als beim Satz für die vertraglich bestellten Anwälte, nicht vorgesehen; die Bemühungen der unentgeltlichen Rechtsbeistände sind immer zum Satz von 180 Franken pro Stunde zu entschädigen. Der Anwaltsverband bezeichnet den vorgeschlagenen Stundenansatz von 180 Franken als ungerecht. Er ermögliche der Anwaltschaft kein angemessenes Einkommen. Dies ginge nur, wenn auch die Verpflichtung der Rechtsanwälte zur Übernahme armenrechtlicher Mandate fallengelassen würde. Diese Pflicht kann jedoch durch einen Kanton nicht aufgehoben werden, da sie bundesrechtlich festgeschrieben ist (Art. 12 Bst. g Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte, BGFA; SR 935.61). In der aktuellen Gerichtspraxis musste bislang nie eine Anwältin oder ein Anwalt zur Übernahme solcher Mandate

gezwungen werden, da sich stets genügend Personen finden, die freiwillig solche Mandate führen. Der vorgesehene Ansatz ermöglicht dem Anwalt den vom Bundesgericht verlangten "bescheidenen Verdienst". Nach Berechnungen der Gerichtsverwaltung erzielt ein Anwalt, der ausschliesslich amtliche Mandate bearbeitet, einen Verdienst von rund 115'000 Franken pro Jahr, vor Abzug von AHV und Pensionskasse. Dies entspricht der Besoldung eines jüngeren Gerichtsschreibers. - Absatz 4: Es kann auf die Ausführungen zu § 177 Absatz 4 verwiesen werden. - Absatz 5: Auf die Einführung einer pauschalen Abgeltung für die Auslagen im Rahmen der Parteientschädigung wird aufgrund der Hinweise in der Vernehmlassung, dass dies vorab bei den Reiseauslagen zu unbilligen Ergebnissen führen würde, verzichtet und die bisherige Regelung beibehalten.

§ 181

Im Verwaltungsgerichtsverfahren sollen die Kriterien von § 179 sinngemäss angewendet werden. Dabei sind bei der Festlegung des Aufwandes, welcher für eine sorgfältige und pflichtgemässe Vertretung erforderlich ist, weiterhin die Eigenheiten des Verfahrens, insbesondere die anwendbaren Verfahrensgrundsätze (wie Official- und Untersuchungsmaxime etc.), zu berücksichtigen. Dies gilt auch für das verwaltungsinterne Beschwerdeverfahren.

5. Rechtliches

Der obligatorischen Volksabstimmung unterliegen Gesetze mit gesetzeswesentlichem Inhalt, die der Kantonsrat mit weniger als zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder beschliesst (Art. 35 Abs. 1 Bst. d KV). Alle übrigen Gesetze und Kantonsratsbeschlüsse unterliegen der fakultativen Volksabstimmung (Art. 36 Abs. 1 Bst. b KV).

6. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Walter Straumann
Landammann

Andreas Eng
Staatschreiber

7. Beschlusse Entwurf

Änderung des Gebührentarifs

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf die Schweizerische Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO) vom 19. Dezember 2008¹⁾ und auf § 371 des Gesetzes über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (EG ZGB) vom 4. April 1954²⁾, nach Kenntnisnahme von Botenschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 1. Juni 2010 (RRB Nr. 2010/974), beschliesst:

I.

Der Gebührentarif vom 24. Oktober 1979³⁾ wird wie folgt geändert:

§ 3. Als Absatz 2^{bis} wird eingefügt:

^{2bis} Im Bereich der Rechtsprechung stehen die in Absatz 2 genannten Befugnisse dem Obergericht zu.

§ 5 Absatz 2 Satz 3 lautet neu:

Vorbehalten bleiben die Vorschriften des Verwaltungsrechtspflegegesetzes⁴⁾, der Schweizerischen Straf-⁵⁾ und Zivilprozessordnung⁶⁾.

§ 9. Als Absatz 1^{bis} wird eingefügt:

^{1bis} Vorbehalten bleiben die Vorschriften der Schweizerischen Straf-⁷⁾ und Zivilprozessordnung⁸⁾. Über die Anwendung des bundesrechtlichen Verzugszinssatzes entscheidet die Gerichtsverwaltungs-kommission. Sie kann diesen für alle Gebühren- und Auslagenforderungen der Gerichte und der Strafverfolgungsbehörden als anwendbar erklären.

§ 13. Als Absatz 1^{bis} wird eingefügt:

^{1bis} Für Zahlungserleichterungen bei Gerichtskosten und Verfahrenskosten der Strafverfolgungsbehörden ist die Zentrale Gerichtskasse zuständig.

§ 14 Absatz 2 lautet neu:

² Der Erlass von Gebühren, Zinsen und Auslagenersatz nach Absatz 1 bedarf der Zustimmung durch die Finanzkontrolle.

¹⁾ BBI 2009 21ff.; SR ...

²⁾ BGS 211.1.

³⁾ GS 88, 186 (BGS 615.11).

⁴⁾ BGS 124.11.

⁵⁾ SR....

⁶⁾ SR....

⁷⁾ SR....

⁸⁾ SR....

§ 14 Absatz 2^{bis} (in der Fassung gemäss Einführungsgesetzgebung zur Strafprozessordnung) lautet neu:

^{2bis} Für den Erlass von Gerichtskosten ist der Vorsitzende desjenigen Gerichts zuständig, das sie festgesetzt hat, für den Erlass von Verfahrenskosten der Strafverfolgungsbehörden diejenige Behörde, die sie festgesetzt hat.

§ 112 Absatz 2 wird aufgehoben.

Der Titel a) Allgemeine Gebühren vor § 158 wird aufgehoben.

Franken

§ 158 lautet neu:

§158.

Pauschale für das Schlichtungsverfahren vor den Schlichtungsbehörden	200–1'500
--	-----------

§ 159 lautet neu:

§ 159.

¹ Entscheidgebühr, bei einem Streitwert von

bis 30'000 Franken	200–4'000
30'001–50'000 Franken	600–5'500
50'001–100'000 Franken	800–8'000
100'001–200'000 Franken	1'200–13'000
200'001–500'000 Franken	1'800–25'000
500'001–1'000'000 Franken	2'500–50'000

² Übersteigt der Streitwert 1 Million Franken, so kann die Maximalgebühr nach Absatz 1 um bis 1 % des Streitwerts erhöht werden.

³ Kann der Streitwert nicht beziffert werden, beträgt die Entscheidgebühr 200–20'000 Franken.

⁴ Endet das Verfahren ohne Sachurteil oder ist keine schriftliche Urteilsbegründung erforderlich, so kann die Gebühr reduziert werden bis auf das Mass, das dem Aufwand entspricht, der bei Verfahrensbeendigung aufgelaufen ist. Die in Absatz 1 genannten Minimalgebühren dürfen in der Regel nicht unterschritten werden.

§§ 160 – 163 sowie die Titel b) Gebühren in Präsidialsachen und c) Gebühren im ordentlichen Verfahren und im Untersuchungsverfahren werden aufgehoben.

§ 177 lautet neu:

§ 177.

¹ Der Richter setzt die Entschädigung der privat bestellten Verteidiger und der Rechtsbeistände von Privatklägern oder Dritten sowie der amtlichen Verteidiger und unentgeltlichen Rechtsbeistände nach dem Aufwand fest, welcher für eine sorgfältige und pflichtgemässe Vertretung erforderlich ist. Er gibt den Parteien vor dem Entscheid Gelegenheit zur Einreichung einer Honorarnote. Wird keine detaillierte Honorarnote eingereicht, schätzt er den Aufwand nach pflichtgemäßem Ermessen.

² Der Stundenansatz für die Bestimmung der Kosten der privat bestellten Verteidiger und der Rechtsbeistände von Privatklägern oder Dritten beträgt 230–330 Franken zuzüglich Mehrwertsteuer, soweit sie Anwälte sind. § 3 ist analog anwendbar.

³ Der Stundenansatz für die Bestimmung der Entschädigung der amtlichen Verteidiger und unentgeltlichen Rechtsbeistände sowie für die Ausfallhaftung des Staates beträgt 180 Franken zuzüglich Mehrwertsteuer.

⁴ Die Stundenansätze beruhen auf dem Teuerungsstand vom 30. September 2006. Sie werden jeweils der Teuerung angepasst, wenn diese im Vergleich zur aktuellen Festsetzung 5 % beträgt. Die Gerichtsverwaltungskommission legt die neuen Stundenansätze durch Weisung fest.

⁵ Die Vergütung für Fotokopien beträgt 50 Rappen pro Stück. Für die Reiseauslagen gilt § 175 Absatz 3.

Der Titel vor § 179 und § 179 lauten neu:

D. Parteientschädigungen und Entschädigungen der unentgeltlichen Rechtsbeistände in Zivilverfahren

§ 179.

¹ Der Richter setzt die Kosten der berufsmässigen Vertretung und die Entschädigung der unentgeltlichen Rechtsbeistände nach dem Aufwand fest, welcher für eine sorgfältige und pflichtgemässe Vertretung erforderlich ist. Er gibt den Parteien vor dem Entscheid Gelegenheit zur Einreichung einer Honorarnote. Wird keine detaillierte Honorarnote eingereicht, schätzt er den Aufwand nach pflichtgemäßem Ermessen.

² Der Stundenansatz für die Bestimmung der Kosten der berufsmässigen Vertretung beträgt 230–330 Franken zuzüglich Mehrwertsteuer, soweit sie Anwälte sind. § 3 ist analog anwendbar.

³ Der Stundenansatz für die Bestimmung der Entschädigung der unentgeltlichen Rechtsbeistände sowie für die Ausfallhaftung des Staates beträgt 180 Franken zuzüglich Mehrwertsteuer.

⁴ Die Stundenansätze beruhen auf dem Teuerungsstand vom 30. September 2006. Sie werden jeweils der Teuerung angepasst, wenn diese im Vergleich zur aktuellen Festsetzung 5 % beträgt. Die Gerichtsverwaltungskommission legt die neuen Stundenansätze durch Weisung fest.

⁵ Die Vergütung für Fotokopien beträgt 50 Rappen pro Stück. Für die Reiseauslagen gilt § 175 Absatz 3.

§ 180 wird aufgehoben.

Als neuer Titel D^{bis} wird vor § 181 eingefügt und § 181 lautet neu:

D^{bis}. Parteientschädigungen und Entschädigungen der unentgeltlichen Rechtsbeistände in Verwaltungsgerichtsverfahren

§ 181.

Im Verwaltungsgerichtsverfahren ist § 179 sinngemäss anwendbar. Bei der Festlegung des Aufwandes, welcher für eine sorgfältige und pflichtgemässe Vertretung erforderlich ist, sind die Eigenheiten des Verfahrens, insbesondere die anwendbaren Verfahrensgrundsätze, zu berücksichtigen.

§§ 182 bis 188 werden aufgehoben.

II.

Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten.

Im Namen des Kantonsrates

Präsident

Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegtReferendum.

Verteiler KRB

Bau- und Justizdepartement

Bau- und Justizdepartement, Rechtsdienst Justiz (FF) (3)

Staatsanwaltschaft

Jugendanwaltschaft

Finanzdepartement

Kantonale Finanzkontrolle

Gerichtsverwaltungskommission (z.Hd. Gerichte)

Staatskanzlei (Eng, Stu, fue)

BGS

GS

Parlamentsdienste